

Stellungnahme des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zu den Leitsätzen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern

**(Entwurf der Bayerischen Staatsregierung vom 5.4.2012 - Anhörung bis
20.10.2012)**

Vorbemerkungen:

- a) Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. begrüßt die überfällige Aktualisierung der Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit „Gemeinsam für die Eine Welt“ vom 13.10.1992 auf Basis des entsprechenden interfraktionellen Beschlusses des Bayerischen Landtages vom Dezember 2010.
- b) Im Rahmen der Anhörung wird seitens Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. darauf hingewiesen, dass der Bayerische Landtag den Rahmen für die neuen „Entwicklungspolitischen Leitsätze Bayerns“ vorgeben sollte.
- c) Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. bedauert, dass es im Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit bayerischer Ministerien, in dem auch das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. vertreten ist, vorab keine Diskussion über die Neufassung der „Leitsätze“ gab.
- d) Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sieht „Eine Welt-Politik“ als Oberbegriff an. „Entwicklungszusammenarbeit“ ist eine heute nicht mehr übliche „Verengung“ und nur ein Teilbereich der bayerischen Eine Welt-Politik. Beispielsweise lässt sich „entwicklungspolitische Inlandsarbeit / entwicklungspolitische Bildungsarbeit“, als eine der Hauptaufgaben der Länder, nicht sinnvoll unter „Entwicklungszusammenarbeit“ subsumieren. „Entwicklungszusammenarbeit“ bezeichnet heute vor allem Auslandsaktivitäten.
- e) Der am 5.4.2012 von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Entwurf betont die wirtschaftlichen Interessen Bayerns zu sehr.

- f) Der dem Entwurf zugrundeliegende Entwicklungsbegriff ist antiquiert und setzt ein problematisches Wachstumsmodell voraus. Benannten Herausforderungen (Klimawandel, Ressourcenverbrauch) kann auf dieser Basis nicht begegnet werden.
- g) Unsere eigene, nicht nachhaltige, Lebensweise (in Bayern) wird im vorgelegten Entwurf nicht kritisch kommentiert.

Zu 1. Grundsätzliches

Der Freistaat Bayern bekennt sich neben seiner Verantwortung gegenüber der eigenen Gesellschaft zu den Aufgaben, die er – gemeinschaftlich mit den anderen Akteuren der Eine Welt-Arbeit (hierzu gehören u.a. Kommunen, Schulen sowie die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteure) – gegenüber der gesamten Welt zu erfüllen hat.

Die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise gerade der Industrienationen ist nicht zukunftsfähig und kann deshalb nicht als Vorbild für die sogenannten Entwicklungsländer gelten. Es bedarf vielmehr eines grundlegenden Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, die zugleich ökologische Tragfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz anstrebt. Der Mensch steht dabei im Mittelpunkt.

Im Zuge der wachsenden Verflechtung von Regionen, Nationen und Kontinenten und ihrer zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit ist die Globalisierung zu einer zentralen Herausforderung unserer Zeit geworden. Es gilt, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht.

Um sogenannte Entwicklungs- und Schwellenländer bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die positiven Seiten der Globalisierung zu verstärken und deren Nachteile zu reduzieren, engagiert sich der Freistaat Bayern in der Eine Welt-Politik komplementär zu den Aktivitäten der Bundesregierung, der Europäischen Union, der internationalen Organisationen, der Kommunen und mit Blick auf die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Den globalen Rahmen der bayerischen Politik bilden die Internationale Erklärung der Menschenrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, das Leitziel einer weltweit nachhaltigen Entwicklung, die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, welche die ersten Schritte hin zu einer weltweiten Entwicklung verankert sowie die Erklärungen der Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder. Die Werte, auf deren Grundlage die Vereinten Nationen die Millenniumsziele verwirklichen wollen – Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Achtung vor der Natur, gemeinsam getragene Verantwortung – macht sich der Freistaat Bayern zu eigen. Bei seinen Aktivitäten werden diese Ziele berücksichtigt.

Zu 2. Ziele

Ziel der Eine Welt-Politik des Freistaats Bayern ist es, im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit, zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung sowie zur Völkerverständigung zu leisten. Die Lebensbedingungen der Menschen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern sollen verbessert und gute Regierungsführung gestärkt werden. Dazu gehören im Besonderen die Einhaltung anerkannter Sozial- und Umweltstandards und das Verbot von Benachteiligungen aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und Alter. Ferner sollen alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Im Inland zielt der Freistaat Bayern darauf ab, ein besseres Verständnis der Bevölkerung für Probleme der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer zu erreichen, Globales Lernen in Bayern entsprechend zu fördern, die globalen Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten zu verdeutlichen, eigene Politik auf ihre Auswirkungen auf sogenannte Entwicklungsländer hin zu überprüfen, im eigenen Handeln eine Vorbildfunktion einzunehmen und zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Zu 3. Prinzipien

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit richtet der Freistaat Bayern an folgenden Prinzipien aus:

Nachhaltigkeit:

Der Freistaat Bayern legt bei allen seinen Maßnahmen die Einhaltung strenger sozialer, ökologischer und ökonomischer Mindeststandards an.

Eigenverantwortung fördern:

Die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer bestimmen selbst die Richtung ihrer Entwicklung, gehen die Suche nach eigenen Problemlösungen aktiv an und engagieren sich entsprechend bei der Umsetzung von Maßnahmen der Eine Welt-Arbeit.

Transparenz:

Die Eine Welt-Politik Bayerns basiert auf transparenten Entscheidungen und Strukturen.

Partnerschaft auf Augenhöhe:

Die Zusammenarbeit erfolgt in partnerschaftlicher Weise und gegenseitigem Lernen.

Hilfe zur Selbsthilfe:

Die Eine Welt-Politik gibt gezielte Anstöße dazu, dass Menschen und Institutionen aus den kooperierenden Ländern mit den gewonnenen Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten und Errungenschaften aus eigener Kraft weitere Schritte in Richtung einer Verbesserung ihrer Situation gehen können.

Subsidiarität:

Eine Welt-Politik erfolgt subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und Menschen in den Partnerländern sowie zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Staatliches Handeln soll grundsätzlich dann unterbleiben, wenn private Initiativen, gesellschaftliche Gruppen und Verbände in der Sache Besseres leisten können.

Kohärenz:

Alle Politikbereiche der Bayerischen Staatsregierung berücksichtigen die Eine Welt-Politik des Freistaates. Eine Welt-Politik des Freistaates wird nicht durch andere Politikbereiche des Freistaates Bayern konterkariert.

Zu 4. Handlungsfelder

Der Freistaat Bayern konzentriert sich in seiner Zusammenarbeit mit sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern auf die Themen, zu denen das spezifische Wissen und die fachlichen Kompetenzen der verschiedenen Akteure Bayerns bestmöglich nutzbar gemacht werden können. Vorrangig werden Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern unterstützt:

Partnerschaftsarbeit

Der Freistaat Bayern unterstützt Partnerschaften unterschiedlichster Akteure in Bayern (Kommunen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Hochschulen, Kirchengemeinden, Vereinigungen der Wirtschaft, etc.) mit ihren Partnerinstitutionen in sogenannten Entwicklungsländern. Dort wo sich Menschen begegnen, entsteht Verständnis für unterschiedliche Kulturen, Lebensformen und wachsen langfristige Beziehungen. Partnerschaftsarbeit wird in besonderem Maße mit Akteuren in den bayerischen Partnerregionen gefördert.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Zunehmende Internationalisierung und Globalisierung wirken ambivalent auf die Gesellschaften in aller Welt. Diese Veränderungen nicht nur als Risiko zu betrachten, sondern auch als Chance zu begreifen, die Entwicklungen nicht bloß passiv hinzunehmen, sondern sie aktiv mit zu gestalten, erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit deren Ursachen und Zusammenhängen. Durch entsprechende Bildung und Wissensvermittlung werden sich die Menschen ihrer eigenen Identität bewusst, können für interkulturelle Verständigung eintreten und Mitverantwortung in der Weltgesellschaft tragen. Die Menschen können bei Entscheidungen besser abschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen sowie das Leben in anderen Regionen der Welt auswirkt und damit einen konkreten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Der Freistaat Bayern hält daher mit Blick auf die Kernkompetenzen der Länder die inländische entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für einen besonders wichtigen Teil der Eine Welt-Politik. Sie erfolgt durch schulische und außerschulische Maßnahmen und berücksichtigt die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des „Globalen Lernens“. Der Freistaat Bayern arbeitet mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt deren

inländische Projektarbeit sowie insbesondere die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern durch das Eine Welt Netzwerk Bayern.

Gute Regierungsführung, Politik- und Institutionenberatung

Die Regierungen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern stehen vor der großen Aufgabe, auf vielfältige Herausforderungen und Veränderungen von außen und innen angemessen reagieren zu müssen. Die Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung sowie der verantwortungsvolle Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen gilt als eine der Grundbedingungen für die Erreichung der Millenniumsziele. Dazu benötigen die Regierungen leistungsfähige Institutionen.

Der Freistaat Bayern fördert deshalb alle Prinzipien der guten Regierungsführung, insbesondere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Politik- und Institutionenberatung auf unterschiedlichen Ebenen. Er unterstützt staatliche Akteure, Politikinhalte entsprechend zu gestalten und fördert die Partner bei der Umsetzung von Innovations-, Entwicklungs- und Reformprozessen zu verschiedenen Themen, die für die kooperierenden Länder von Relevanz sind. Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption und Klientelwirtschaft sind selbstverständlicher Bestandteil bayerischer Eine Welt-Politik.

Neben der Durchführung von Maßnahmen zum Informations- und Erfahrungsaustausch, zur Qualifizierung von Fachkräften und Entscheidungsträgern sowie der Anbahnung und Pflege von Kooperationen kann der Freistaat Bayern auch eigenes Personal für Aufgaben der Eine Welt-Arbeit entsenden oder dieses für solche Aufgaben freistellen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Armut weltweit zu reduzieren und die Millenniumsziele zu erreichen. Sogenannte Entwicklungs- und Schwellenländer brauchen einen fairen internationalen Wettbewerb. Bayern bekennt sich diesbezüglich zur Sozialen Marktwirtschaft und fordert u.a. den Abbau von Handelshemmnissen auf europäischer Ebene. So erhalten auch ärmere Bevölkerungsgruppen die Chance, ihre Einkommensarmut durch neu geschaffene Arbeitsplätze und Beschäftigung aus eigener Kraft zu überwinden. Bei seinem Engagement legt der Freistaat Bayern besonderen Wert auf die Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards.

Der Freistaat Bayern hält es für geboten, die Bedingungen für privatwirtschaftliches Engagement in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern, um Investitionen auch mittelständischer bayerischer Unternehmen mit überschaubarem Risiko zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer engen Verknüpfung mit der Förderung außenwirtschaftlicher Beziehungen. Gezielter Wissens- und Technologietransfer trägt dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Partnerländer und Regionen zu steigern. Der Aufbau fachlicher und methodischer Kompetenz dient der Fähigkeit der Menschen, im eigenen Kontext selbstständig Lösungen zu aktuellen Problemstellungen erarbeiten zu können.

Die Förderung genossenschaftlicher Wirtschaftsstrukturen in den Partnerländern wird vom Freistaat Bayern unterstützt. Insbesondere ist der bisher vor allem von

zivilgesellschaftlichen Akteuren in Bayern getragene „Faire Handel“ auszubauen sowie Produzenten, Strukturen und Handel in bzw. mit den Partnerländern entsprechend zu qualifizieren und zu fördern.

Der Dialog über nachhaltige Entwicklung ist auch in Bayern zu fördern. Aufgrund der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung in Bayern kontinuierlich auszubauen. Der Freistaat Bayern achtet z.B. konsequent darauf, dass er selbst oder andere staatliche Institutionen keine Produkte einkauft, die mit „ausbeuterischer Kinderarbeit“ gemäß ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. Dies gilt ebenso für staatliche Beteiligungen. Auch Kommunen sollen in die stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien einbezogen werden. In Kantinen staatlicher Einrichtungen sind Produkte aus Fairem Handel, ökologischer und regionaler Produktion zukünftig selbstverständlicher Bestandteil.

Klimaschutz, Umwelt und Energie

Mit seinen weitreichenden Auswirkungen stellt der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit dar. Seine unmittelbaren Folgen sind in fast allen Ländern spürbar, betreffen aber die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer besonders hart durch immer häufiger auftretende Naturkatastrophen und schwindende natürliche Ressourcen.

Weltweit leben heute etwa 1,5 Milliarden Menschen ohne Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Dies erschwert ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Um angesichts des Klimawandels und der begrenzten Vorräte an fossilen Energieträgern die wirtschaftliche Entwicklung in den ärmeren Ländern voranzubringen, müssen nachhaltige Lösungen gefördert werden. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der effizienten Nutzung von Energie gibt es hier gute Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung.

Insbesondere in städtischen Ballungsräumen ist nachhaltiges Abwasser- und Abfallmanagement ein Thema, das eng mit der Wirtschaft und zudem mit Aspekten des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie der Energiegewinnung verknüpft ist. Aber auch die in vielen Regionen auftretende Knappheit von Wasser erfordert ein effektives Wassermanagement und moderne Technologien der Wasseraufbereitung.

Der Freistaat Bayern bietet sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern an, sich im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie mit den deutschen und bayerischen Rahmenbedingungen vertraut zu machen und den aktuellen Stand der Technologien kennen zu lernen. Bayern muss im Bereich Klimaschutz, Umwelt, Energie selbst Vorreiter werden.

Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Forschung ist eine der Grundlagen, auf denen die Zukunft aufgebaut werden kann, da sie dazu dient, Lösungen für Probleme in diversen Themenfeldern und für unterschiedliche Anwendungsbereiche zu erarbeiten. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung und zur Steigerung des Wohlstands, von dem auch die Menschen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren.

Der Freistaat Bayern verstärkt den Prozess zur Internationalisierung seiner Hochschulen, indem er fremdsprachige Studiengänge fördert, durch Vergabe von Stipendien ausländischen Studieninteressierten insbesondere in den bayerischen Partnerregionen eine akademische Ausbildung in Bayern ermöglicht, sie während ihres Aufenthaltes in Bayern begleitet sowie Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit dem Ausland unterstützt. Die auf bestimmte Regionen spezialisierten Hochschulzentren übernehmen hierbei teilweise eine Brückenfunktion zwischen In- und Ausland und stellen auch geeignete Verbindungen mit der Wirtschaft und dem zivilgesellschaftlichen Dachverband der Eine Welt-Arbeit her.

Ernährungssouveränität

Die meisten Menschen in ländlichen Regionen ärmerer Länder leben von Subsistenzwirtschaft, erzielen kein Einkommen oder verdienen so wenig, dass sie ihre Familien nicht ausreichend versorgen können. Der Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut oder Krediten sowie zu entsprechenden Märkten ist nicht immer gesichert. Gleichwohl ist in einkommensschwachen Ländern die Landwirtschaft, von der ein großer Teil der Bevölkerung direkt abhängig ist, häufig der entwicklungsfähigste Sektor. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft können die wirtschaftliche Grundlage in ländlichen Gebieten jedoch langfristig nur sichern, wenn sie nachhaltig betrieben werden. Dazu ist ein standortangepasster, schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Sicherung angestammter Landrechte erforderlich. Für den Erfolg landwirtschaftlicher Entwicklung essentiell ist zudem die Veränderung entsprechender internationaler Rahmenbedingungen wie es im Weltagrarbericht ausführlich beschrieben wird. Der Freistaat Bayern setzt sich insbesondere auch gegen „land grabbing“ und Nahrungsmittelspekulationen ein.

Durch Informations- und Erfahrungsaustausch sowie gezielte Qualifizierung und Beratung von Fachkräften aus Entwicklungs- und Schwellenländern leistet der Freistaat Bayern Hilfestellung.

Kultur, Migration und Entwicklung

Ein harmonischer Umgang und das friedliche Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit teils mehrfachen und vielfältigen kulturellen Identitäten verlangt in Zeiten von Internationalisierung und Globalisierung besondere Aufmerksamkeit. Verbunden mit dieser Herausforderung für die Weltgemeinschaft werden zugleich die Voraussetzungen für einen neuen Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften geschaffen. Kulturelle Vielfalt erweitert die Spielräume jedes Einzelnen und bildet damit eine der Grundlagen für Entwicklung in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht. Sie ist Quelle von Kreativität und internationaler Solidarität und schafft ein Klima gegenseitigen Verstehens und Vertrauens.

Der Freistaat Bayern fördert den interkulturellen Austausch und berücksichtigt kulturelle Aspekte bei seiner Eine Welt-Politik. Die kulturelle Identität vor Ort findet besondere Berücksichtigung. Auch der Ausbau und die Pflege der internationalen Kontakte der bayerischen Schulen und Hochschulen zählen dazu sowie die Reintegrationsunterstützung von Rückkehrern in ihr Heimatland.

Die im Kapitel 4 genannten „Handlungsfelder“ müssen einfließen in die Formulierung von Kriterien für die Projektauswahl.

Innerhalb der Staatsregierung erfolgt die Eine Welt-Politik nach dem Ressortprinzip, d.h. die Ministerien führen Maßnahmen im Rahmen ihrer fachlichen Kompetenzen, personellen Möglichkeiten und verfügbaren Haushaltsmittel in eigener Verantwortung durch.

Die Koordinierung auf der Ebene der Staatsregierung erfolgt durch die für die „Regionalen Beziehungen“ Bayerns bereits zuständige Bayerische Staatskanzlei, die auch die Abstimmung mit anderen Bundesländern und dem Bund übernimmt.

Eine Welt-Engagement ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Daher begrüßt und fördert der Freistaat Bayern die engagierte Arbeit der zahlreichen privaten Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, der Kirchen, von Schulen, sonstigen Bildungsinstitutionen, Kommunen sowie der Wirtschaft. Eine besondere Rolle nehmen hierbei die bayerischen Eine Welt-Stationen ein.

Der Freistaat Bayern erwartet von der Bundesregierung eine der Bedeutung Bayerns entsprechende dezentrale Durchführung von Bundesprogrammen in der Eine Welt-Politik in Bayern, insbesondere in der zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Arbeit. Hierbei beteiligt sich Bayern am bundesweiten PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit.